

Geschäftsordnung

für den Stadtrat,

die Ausschüsse des Stadtrates,

die Ortsbeiräte

und die sonstigen Gremien

der Landeshauptstadt Mainz

Inhaltsverzeichnis

		§§
Abschnitt I	<u>Allgemeines</u>	
	Fraktionen	1
	Sitzplan	2
	Ältestenrat	3
Abschnitt II	<u>Tagesordnung</u>	
	Gestaltung der Tagesordnung	4
Abschnitt III	<u>Sitzungen</u>	
	Einberufung	5
	Öffentlichkeit der Sitzungen	6
	Teilnahmepflicht	7
	Teilnahme sonstiger Personen	8
Abschnitt IV	<u>Anfragen und Anträge</u>	
	Anfragen	9
	Anträge	10
	Abänderungs- und Ergänzungsanträge	11
	Anregungen der Ortsbeiräte	12
Abschnitt V	<u>Redeordnung</u>	
	Redeordnung	13
	Worterteilung, Redezeit	14
	Unterbrechung der Rede	15
	Anträge auf Schluss der Beratung bzw. Debatte	16
	Schlusswort	17
Abschnitt VI	<u>Beschlussfassung</u>	
	Abstimmung	18
	Reihenfolge der Abstimmung	19
Abschnitt VII	<u>Ausschüsse</u>	
	Aufgaben der Ausschüsse	20
Abschnitt VIII	<u>Besondere Befugnisse der bzw. des Vorsitzenden</u>	
	Äußerungen des Beifalles oder des Missfallens	21
Abschnitt IX	<u>Niederschrift</u>	
	Niederschrift	22
Abschnitt X	<u>Ausschüsse des Stadtrates, Ortsbeiräte und sonstige Gremien</u>	
	Anwendung der Geschäftsordnung	23
Abschnitt XI	<u>Schlussbestimmung</u>	
	Inkrafttreten	24

Geschäftsordnung für den Stadtrat, die Ausschüsse des Stadtrates, die Ortsbeiräte und die sonstigen Gremien der Landeshauptstadt Mainz vom 4. Oktober 2016

Aufgrund des § 37 in Verbindung mit § 46 Abs. 5, § 56 Abs. 4, § 56a Abs. 1, § 56b Abs. 2 und § 75 Abs. 8 Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Landesgesetzes zur Verbesserung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene vom 22.12.2015 (GVBl. S. 477), hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 4. Oktober 2016 folgende Geschäftsordnung beschlossen:

Abschnitt I - Allgemeines

§ 1 - Fraktionen

- (1) Die Mitglieder des Stadtrates können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Eine Fraktion muss mindestens aus 2 Mitgliedern des Stadtrates bestehen.
- (2) Die Reihenfolge der Fraktionen bestimmt sich nach der Stärke. Bei gleicher Stärke entscheidet im Streitfalle das Los, das die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister zieht.

§ 2 - Sitzplan

Der Sitzplan des Stadtrates wird vor der ersten Sitzung des neu gewählten Stadtrates festgelegt. Die Festlegung erfolgt durch den Ältestenrat und, wenn eine Einigung über die Verteilung der Sitzplätze nicht zu erreichen ist, durch Beschluss des Stadtrates.

§ 3 - Ältestenrat

- (1) Zur Herbeiführung einer Verständigung über die Behandlung wichtiger und schwieriger Aufgaben des Stadtrates sowie über die Behandlung von Gegenständen besonderer Art wird ein Ältestenrat gebildet. Ihm gehören die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden oder deren Vertreterinnen bzw. Vertreter an. Den Vorsitz führt die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister, im Verhinderungsfall die Beigeordneten in der Reihenfolge ihrer Vertretungsbefugnis.
- (2) Ist die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister oder dessen Vertreterin bzw. Vertreter von der Mitwirkung im Ältestenrat ausgeschlossen, so wählt der Ältestenrat eines seiner Mitglieder als Vorsitzende bzw. Vorsitzenden.

Abschnitt II - Tagesordnung

§ 4 - Gestaltung der Tagesordnung

- (1) Die Tagesordnung für die Sitzungen des Stadtrates soll sich in zwei Teile gliedern.
- (2) In Teil I sollen jeweils die Punkte der Tagesordnung aufgenommen werden, die vom Stadtrat einzeln beraten und beschlossen werden. Teil II soll die Tagesordnungspunkte umfassen, die in den Ausschüssen vorberaten wurden oder die vom Stadtrat ohne Beratung den Ausschüssen zugeleitet werden. Über die Tagesordnungspunkte des Teiles II wird in der Regel ohne Beratung abgestimmt. Es sind lediglich kurze Erklärungen zulässig.
- (3) Zu Beginn der ordentlichen Stadtratssitzung werden Anfragen der Fraktionen (§ 12) beantwortet. Sind sie aufgrund schutzwürdiger Interessen Einzelner, aus Gründen des Gemeinwohls oder weil ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, nichtöffentlich zu behandeln, so erfolgt die Beantwortung am Schluss der nichtöffentlichen Sitzung.
- (4) Anschließend werden Anträge (§ 10) behandelt.
- (5) Zu der Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage im öffentlichen Teil von allgemeinem aktuellem Interesse findet eine Aussprache statt, wenn spätestens unmittelbar nach Beantwortung aller Anfragen eine Fraktion oder mindestens 10 Mitglieder des Stadtrates dies verlangen. Aus jeder Fraktion kann je Sitzung nur ein derartiger Antrag gestellt werden. Das gleiche gilt für Anfragen, die im nichtöffentlichen Teil behandelt werden. Die Aussprache ist auf eine halbe Stunde begrenzt. Die einzelne Rednerin bzw. der einzelne Redner darf in der Regel nicht länger als 5 Minuten sprechen. Liegen zwei solcher Anträge vor, ist die Gesamtzeit zu teilen. In diesem Fall beträgt die Redezeit maximal 3 Minuten. Werden mehr als zwei Anträge eingebracht, kann die bzw. der Vorsitzende die

Aussprache auf 45 Minuten ausdehnen. Die von den Mitgliedern der Verwaltung beanspruchte Redezeit bleibt unberücksichtigt. Anträge zur Sache sind nicht zulässig. Zunächst erhält die Antrag stellende Fraktion das Wort, anschließend die übrigen Fraktionen in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Ein zweiter Redner einer Fraktion kann erst dann das Wort erhalten, wenn alle Fraktionen einmal gesprochen oder auf eine Wortmeldung verzichtet haben.

- (6) Nach Behandlung der Anfragen erfolgt am Ende des Teiles I die Fragestunde für Ratsmitglieder (§ 33 Abs. 4 GemO). Jedes Stadtratsmitglied kann bis spätestens 10.00 Uhr am zweiten Tag vor der Stadtratssitzung eine schriftliche Frage oder in der Sitzung des Stadtrates eine mündliche Frage an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden richten. Die Fragen müssen sich auf einen begrenzten Sachverhalt beziehen. Die Antwort erfolgt grundsätzlich in der jeweiligen Sitzung. Sofern eine Beantwortung, insbesondere bei mündlichen Fragen, nicht sofort möglich ist, wird die Frage bis zur nächsten Stadtratssitzung beantwortet.
- (7) Einwohnerinnen und Einwohner und ihnen nach § 14 Abs. 3 und 4 GemO gleichgestellte Personen und Personenvereinigungen haben die Gelegenheit, Fragen aus dem Bereich der örtlichen Verwaltung zu stellen sowie Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten. Diese Fragestunde (§ 16 a GemO) findet in jeder ordentlichen Stadtratssitzung mit einer Dauer von ½ Stunde statt. Fragen sind mündlich oder schriftlich an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden zu richten; die Zahl der Fragen pro Fragestellerin bzw. Fragesteller wird auf 2 begrenzt. Die Beantwortung erfolgt durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden grundsätzlich in der jeweiligen Sitzung; sofern dies nicht möglich ist, werden die Fragen schriftlich beantwortet. Vertreterinnen bzw. Vertreter der Fraktionen erhalten bei Bedarf Gelegenheit, sich zu den Fragen zu äußern. Für Sitzungen der Ortsbeiräte gilt die gleiche Regelung. Fragestunden in Ausschusssitzungen werden bei Bedarf von der bzw. dem Vorsitzenden anberaumt.
- (8) Im Anschluss an die Einwohnerfragestunde werden Anregungen der Ortsbeiräte behandelt (§ 12).
- (9) Einspruch gegen die Tagesordnung hat vor Eintritt in die Tagesordnung zu erfolgen. Richtet sich der Einspruch gegen einen Tagesordnungspunkt, der in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln ist oder der in nichtöffentlicher Sitzung vorgesehen ist, jedoch öffentlich behandelt werden soll, so ist über den Einspruch nichtöffentlich zu beraten und zu beschließen. Dem Antrag, einen Tagesordnungspunkt aus Teil II in Teil I der Tagesordnung zu nehmen, ist stattzugeben, wenn er von einer Fraktion oder mindestens 10 Stadtratsmitgliedern oder der Verwaltung unterstützt wird.
- (10) Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt die bzw. der Vorsitzende etwa erforderliche Mitteilungen bekannt.

Abschnitt III - Sitzungen

§ 5 - Einberufung

- (1) Die Ratsmitglieder und die Beigeordneten werden schriftlich oder elektronisch unter Mitteilung der Tagesordnung, des Ortes und der Zeit der Sitzung eingeladen.
- (2) Die Oberbürgermeisterin bzw. der Oberbürgermeister entscheidet im Rahmen des Absatzes 1 über die Form und die Übermittlung der Einladung. Die Ratsmitglieder und Beigeordneten, die über die technischen Voraussetzungen zum Versenden und Empfangen elektronischer Post verfügen, können der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister schriftlich oder elektronisch eine E-Mail-Adresse mitteilen, an die Einladungen im Sinne des Absatzes 1 übersendet werden können. Die Empfängerin bzw. der Empfänger ist dafür verantwortlich, dass unbefugte Dritte keinen Zugriff auf Einladungen und der Schweigepflicht unterliegende Sitzungsunterlagen nehmen können. Werden mehrere E-Mail-Adressen angegeben, an die Einladungen im Sinne des Absatzes 1 übersandt werden können, ist der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister mitzuteilen, welche der angegebenen E-Mail-Adressen die Haupt-Adresse ist, an die im Zweifel die Einladung rechtsverbindlich erfolgt.
- (3) Eine Verletzung von Form und Frist der Einladung eines Ratsmitgliedes gilt als geheilt, wenn dieses Ratsmitglied zu der Sitzung erscheint oder gegenüber dem Vorsitzenden bis zum Beginn der Sitzung schriftlich oder elektronisch erklärt, die Form- und Fristverletzung nicht geltend zu machen.

§ 6 - Öffentlichkeit der Sitzungen

- (1) Die Stadtratssitzungen sind öffentlich, außer bei Angelegenheiten, für die ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist oder die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung aus Gründen des Gemeinwohls oder schutzwürdiger Interessen Einzelner erforderlich ist.

(2) Die Öffentlichkeit ist bei der Beratung und Entscheidung über folgende Beratungsgegenstände grundsätzlich ausgeschlossen:

- Personalangelegenheiten einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde
- Abgabensachen einzelner Abgabepflichtiger
- persönliche Angelegenheiten der Einwohnerinnen und Einwohner
- Zustimmung zur Festsetzung eines Ordnungsgeldes (§ 19 Abs. 3 GemO)
- Vorliegen eines Ausschließungsgrundes (§ 22 Abs. 5 GemO)
- Ausschluss aus dem Rat (§ 31 GemO)
- Angelegenheiten, in denen das öffentliche Wohl, insbesondere wichtige Belange des Bundes, des Landes oder der Gemeinde ernsthaft gefährdet werden können; dazu gehören stets Angelegenheiten, die im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhalten sind.

(3) Ein Ausschluss der Öffentlichkeit kann geboten sein bei

- Rechtsstreitigkeiten, an denen die Stadt beteiligt ist,
- Grundstücksangelegenheiten,
- Vergabe von Aufträgen.

(4) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind der Öffentlichkeit unverzüglich bekanntzugeben, sofern nicht Gründe des Gemeinwohls oder schutzwürdige Interessen Einzelner dem entgegenstehen. Diese Information erfolgt im Amtsblatt der Stadt Mainz.

§ 7 - Teilnahmepflicht

Die Mitglieder des Stadtrates sind verpflichtet, sich nach ordnungsgemäßer Einladung rechtzeitig zu den Stadtratssitzungen einzufinden und an ihnen teilzunehmen. Im Falle der Verhinderung ist der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister rechtzeitig Nachricht zu geben.

§ 8 - Teilnahme sonstiger Personen

Die Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, des Beirates für Menschen mit Behinderungen und des Mainzer Seniorenbeirates oder deren beauftragte Vertreterinnen bzw. Vertreter sowie die bzw. der Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration sind berechtigt, an den Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teilzunehmen. Im Rahmen ihrer Aufgaben steht ihnen ein Rederecht zu. Dies gilt auch für die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher, sofern Beratungsgegenstände die Belange einzelner Ortsbezirke berühren.

Abschnitt IV - Anfragen und Anträge

§ 9 - Anfragen

- (1) Anfragen der Fraktionen oder einzelner Mitglieder des Stadtrates an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden, die sich auf einen nicht auf der Tagesordnung stehenden Gegenstand beziehen, sind bis spätestens 10.00 Uhr am siebten Tag vor der Sitzung schriftlich einzureichen. Im Falle eines allgemeinen aktuellen Interesses besteht die Möglichkeit, dass pro Fraktion oder eines einzelnen Ratsmitgliedes jeweils eine Anfrage bis spätestens am zweiten Tag bis 10.00 Uhr vor der Sitzung schriftlich eingereicht wird. Die Anfragen werden in der Sitzung beantwortet oder auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.
- (2) Nach Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung können von der jeweiligen Anfragerstellerin bzw. dem jeweiligen Anfragersteller zwei mündliche Zusatzfragen gestellt werden.

§ 10 - Anträge

- (1) Anträge sind nur zulässig, wenn der Rat für den Gegenstand der Beschlussfassung zuständig ist.
- (2) Anträge von Fraktionen oder einzelnen Mitgliedern des Stadtrates sind bis spätestens 10.00 Uhr am 8. Tag vor der Sitzung des Stadtrates der bzw. dem Vorsitzenden vorzulegen. Sie sollen auf die Tagesordnung dieser Sitzung gesetzt werden. In jedem Fall sind sie spätestens innerhalb von 2 Monaten auf die Tagesordnung zu setzen.

§ 11 - Änderungs- und Ergänzungsanträge

Zu den Anträgen der Fraktionen sowie den Vorlagen der Verwaltung kann jedes Mitglied des Stadtrates oder jede Fraktion Änderungs- und Ergänzungsanträge stellen. Auf Verlangen der bzw. des Vorsitzenden bedürfen sie der schriftlichen Form.

§ 12 – Anregungen der Ortsbeiräte

- (1) In jeder Stadtratssitzung besteht die Möglichkeit, wichtige Angelegenheiten aus den Ortsbeiräten dem Stadtrat vorzutragen. Pro Sitzung ist nur ein Thema – nach Abstimmung der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher untereinander – zulässig. Eine entsprechende Vorlage ist spätestens bis 10.00 Uhr am 8. Tag vor der Sitzung des Stadtrates der bzw. dem Vorsitzenden vorzulegen.
- (2) Die Ortsvorsteherin bzw. der Ortsvorsteher kann das Thema den Mitgliedern des Stadtrates vortragen. Hierfür stehen vier Minuten Redezeit zur Verfügung. Eine Aussprache erfolgt nicht. Die Vorlage wird an die Stadtratsfraktionen zur weiteren Beratung überwiesen.

Abschnitt V - Redeordnung

§ 13 - Redeordnung

- (1) In den Sitzungen des Stadtrates darf nur sprechen, wem das Wort erteilt ist.
- (2) Die bzw. der Vorsitzende kann jederzeit das Wort einer bzw. einem Beigeordneten erteilen, soweit deren bzw. dessen Dezernat betroffen ist.
- (3) Die Berichterstatterinnen bzw. Berichterstatter und Rednerinnen bzw. Redner sprechen in der Regel vom Redepult aus.

§ 14 - Worterteilung, Redezeit

- (1) Die bzw. der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Meldungen. Zu Anträgen ist zunächst der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller das Wort zu erteilen, für die weitere Reihenfolge ist die Fraktionsstärke maßgebend.

Grundsätzlich gilt eine Redezeit, die sich nach der Fraktionsstärke im Stadtrat richtet. Die Redezeit umfasst sowohl die Zeit zur Einbringung eines Antrages als auch zur Aussprache:

einzelne Stadratsmitglieder ohne Fraktion:	2 Minuten
Fraktionen mit 2 bis 5 Stadratsmitgliedern:	3 Minuten
Fraktionen mit 6 bis 10 Stadratsmitgliedern:	4 Minuten
Fraktionen mit 11 bis 15 Stadratsmitgliedern:	5 Minuten
Fraktionen mit 16 bis 20 Stadratsmitgliedern:	6 Minuten
Fraktionen mit 21 bis 25 Stadratsmitgliedern:	7 Minuten

- (2) Die Redezeit für die Personen nach § 8 dieser Geschäftsordnung beträgt jeweils maximal drei Minuten.
- (3) Zur Geschäftsordnung ist jedem Mitglied des Stadtrates außer der Reihenfolge das Wort zu erteilen.
- (4) Der Stadtrat kann jederzeit mit einfacher Mehrheit beschließen, dass die Redezeit für einen bestimmten Tagesordnungspunkt verändert bzw. aufgehoben wird.

§ 15 - Unterbrechung der Rede

- (1) Es ist nicht statthaft, die Rednerin bzw. den Redner zu unterbrechen. Bei Ausführungen, die nicht zur Sache gehören, soll die bzw. der Vorsitzende die Rednerin bzw. den Redner auf den Gegenstand der Verhandlung verweisen. Nach dreimaliger Verweisung kann die bzw. der Vorsitzende das Wort bis zur Abstimmung über den aufgerufenen Beratungsgegenstand entziehen. Auf diese Folgen hat sie bzw. er die Rednerin bzw. den Redner vorher aufmerksam zu machen.
- (2) Zu persönlichen Bemerkungen bzw. Erklärungen wird erst nach der Abstimmung das Wort erteilt.

§ 16 - Anträge auf Schluss der Beratung bzw. Debatte

- (1) Ein Antrag auf Schluss der Beratung oder der Debatte geht jedem anderen Antrag vor.
- (2) Über den Antrag auf Schluss der Beratung wird unter Nennung der noch zu Wort gemeldeten Mitglieder des Stadtrates ohne Beratung abgestimmt. Wird der Schluss-Antrag angenommen, so können nur noch die auf der Redeliste verzeichneten Mitglieder sprechen.
- (3) Ein Antrag auf Schluss der Debatte ist erst zulässig, wenn von jeder Fraktion mindestens ein Mitglied zur Sache gesprochen hat, es sei denn, dass die betreffende Fraktion auf die Wortmeldung verzichtet. Ein solcher Antrag bedarf der Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates. Damit entfallen alle noch vorgemerkten Wortmeldungen. Die Antragstellerin oder der Antragsteller des Sachantrages bzw. die Berichterstatterin oder der Berichterstatter erhalten noch Gelegenheit zu einem Schlusswort.

§ 17 - Schlusswort

Ist die Redeliste erschöpft, so erhalten die Berichterstatte(r)in bzw. der Berichterstatte(r) das Schlusswort. Das gleiche gilt für die Antragstellerin bzw. den Antragsteller, sofern noch Redezeit vorhanden ist.

Abschnitt VI - Beschlussfassung

§ 18 - Abstimmung

- (1) Die Abstimmung erfolgt offen durch Handzeichen, soweit nicht diese Geschäftsordnung etwas anderes vorsieht oder der Rat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder im Einzelfall etwas anderes beschließt. Es soll festgestellt werden, wer für den Antrag bzw. die Vorlage stimmt, wer gegen den Antrag bzw. die Vorlage ist und wer sich der Stimme enthält.
- (2) Auf Verlangen der bzw. des Vorsitzenden, einer Fraktion oder auf Antrag von mindestens 10 Mitgliedern des Stadtrates muss namentliche Abstimmung erfolgen. Ein solcher Antrag gilt immer als der weitestgehende.

§ 19 - Reihenfolge der Abstimmung

- (1) Es wird in folgender Reihenfolge abgestimmt:
 - a) über den Antrag auf Vertagung,
 - b) über den Antrag auf Verweisung oder Rückverweisung an einen Ausschuss,
 - c) über die sonstigen Anträge:
 - bei Ergänzungsanträgen wird zuerst über den Hauptantrag abgestimmt. Anschließend haben bei den Ergänzungsanträgen die weitergehenden Anträge den Vorrang.
 - bei Änderungsanträgen wird zuerst über den Änderungsantrag abgestimmt, dann über den Hauptantrag. Bei den Änderungsanträgen haben die weitergehenden Anträge den Vorrang.
- (2) Ergeben sich Meinungsverschiedenheiten über Fassung oder Reihenfolge der Anträge, so entscheidet der Stadtrat.

Abschnitt VII – Ausschüsse

§ 20 – Aufgaben der Ausschüsse

Die vom Stadtrat gebildeten Ausschüsse dienen der vorbereitenden Beschlussfassung durch den Stadtrat, sofern sie nicht entsprechend der Hauptsatzung abschließend entscheiden. Sie sind Ort der inhaltlichen und sachlichen Debatte. Insbesondere sollen sie dazu dienen, dass Fragestellungen von aktuellem öffentlichen Interesse zeitnah im Ausschuss aufgerufen und geklärt werden können. Die Ausschüsse tagen ebenfalls grundsätzlich öffentlich.

Abschnitt VIII - Besondere Befugnisse der bzw. des Vorsitzenden

§ 21 - Äußerungen des Beifalles oder des Missfallens

Äußerungen und Zeichen des Beifalles oder des Missfallens seitens der Zuhörerinnen bzw. Zuhörer sind nicht gestattet. Die bzw. der Vorsitzende kann Zuhörerinnen bzw. Zuhörer aus dem Sitzungssaal entfernen lassen, wenn es zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlich ist.

Abschnitt IX - Niederschrift

§ 22 -Niederschrift

- (1) Zur Erstellung der Niederschrift wird der gesamte Ablauf der Sitzung in ihrem öffentlichen und nichtöffentlichen Teil auf Tonträgern aufgezeichnet. Die Tonaufzeichnungen werden für Archivzwecke aufbewahrt. Jede Fraktion darf die Tonaufzeichnungen beim Sitzungsdienst anhören oder die wortgetreue Abschrift der Tonaufzeichnungen zu einzelnen Tagesordnungspunkten verlangen.
- (2) Die Niederschrift hat die in § 41 Abs. 1 der Gemeindeordnung festgelegten Mindestanforderungen zu enthalten.
- (3) Wird namentlich abgestimmt, so ist in der Niederschrift anzugeben, wie jedes Mitglied abgestimmt hat.
- (4) Die Fraktionsvorsitzenden erhalten eine komplette Niederschrift (öffentlicher und nichtöffentlicher Teil). Die komplette Niederschrift wird darüber hinaus für die Mitglieder im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Abschnitt X - Ausschüsse des Stadtrates, Ortsbeiräte und sonstige Gremien

§ 23 - Anwendung der Geschäftsordnung

Die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung gelten sinngemäß für die Ausschüsse des Stadtrates und die Ortsbeiräte. Die Sitzungen der Beiräte sind öffentlich, sofern dies der Natur des Beratungsgegenstandes nach geboten ist. Die Beiräte können auch im Einzelfall Abweichendes beschließen.

In § 18 Abs. 2 tritt für die Ausschüsse und die Ortsbeiräte an die Stelle der Zahl 10 die Zahl 2, für die Beiräte die Zahl 5. Für Sitzungen der Ortsbeiräte sind Anfragen gemäß § 9 bis spätestens 10.00 Uhr am achten Tag vor der Sitzung schriftlich einzureichen.

Abschnitt XI - Schlussbestimmung

§ 24 - Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die Geschäftsordnung für den Stadtrat, die Ausschüsse des Stadtrates, die Ortsbeiräte und die sonstigen Gremien vom 01.10.2014 tritt gleichzeitig außer Kraft.

Mainz, 4. Oktober 2016
Stadtverwaltung

gez.
Michael Ebling
Oberbürgermeister